

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Jul. Ad. Schell, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr. Ecke, Otto Fickisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Ad. Hoff, Kaasendamm & Vogler A.-G., S. L. Paube & Co., Invalidentank. Verantwortlich für den Inseratenthail: F. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 67

Sonnabend, 27. Januar.

1894

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M., für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reichs an.

Inserate, die schlagzeilene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 M., auf der letzten Seite 30 M., in der Mittagsausgabe 25 M., an bezogener Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm., angenommen.

Fürst Bismarck in Berlin.

(Original-Ber. der „Posener Ztg.“)

Berlin, 26. Jan.

Aus der überwältigenden Fülle von Eindrücken und Ereignissen, die der heutige Tag darbietet, kann hier selbstverständlich nur ein verhältnismäßig kleiner Ausschnitt gegeben werden. Nur das soll berichtet und erwähnt werden, was dem Verfasser persönlich vor die Augen und zu Ohren gekommen ist. Als der Fürst auf dem Lehrter Bahnhof den Salonwagen verließ und am Arm des Prinzen Heinrich zum geschlossenen Galawagen schritt, konnte man es ihm anmerken, wie schwer es ihm wurde, seine tiefe Mühsung zu verbergen. Gebeugt von der Last der Jahre, schritt der Fürst langsam dahin. Aber seine Haltung war fest und sicher, und wenn sein Gesicht auch blaß erschien und die charakteristischen Furchen des Greisenalters aufwies, so leuchtete das Auge doch im alten Glanze, und nichts von jener Gebrechlichkeit war zu beobachten, die einem Manne von 79 Jahren sonst wohl nahe kann. Auf dem Wege vom Bahnhof zum Schloß hat Fürst Bismarck Szenen erleben können, deren Gleichen ihm in seiner langen Laufbahn doch noch nicht geboten worden war. Es war in der Hauptsache und bis auf die unvermeidlichen, diesmal aber wirklich beinahe verschwindenden Ausnahmen ein Publikum aus dem besten Kern des Bürgertums, das den weiten und breiten Weg in ungeheuren Massen besetzt hielt. Gewiß hatte Viele die Neugier hingeführt, aber stärker noch war die tiefe Theilnahme an dem Fürsten und die Empfindung eines ungewöhnlichen historischen Ereignisses, dem anzuhören eine Erinnerung für das Leben sein wird. Wir verzichten auf Schilderungen von Einzelheiten, über die von anderer Seite ausgiebig berichtet worden ist.

Ueber die Begegnung zwischen dem Kaiser und dem Fürsten im Schloß wurde im Reichstage erzählt, daß sie herzlicher und ergreifender nicht gedacht werden konnte. Der Kaiser begrüßte seinen Gast mit Küffen, und in schwer verhaltener Bewegung dankte der Fürst für den Empfang, der in der That der eines Königs war. Am Frühstück haben nach offizieller Meldung nur der Kaiser, die Kaiserin und der Fürst theilgenommen. Uns ist dagegen im Reichstage berichtet worden, daß auch die drei ältesten Söhne des Kaisers und der Flügel-Adjutant vom Dienst zugezogen wurden. Nach Anderen wieder war Prinz Heinrich ebenfalls bei Tische. Diese Details lassen sich im Augenblick natürlich nicht feststellen. Auch die Angabe, daß der Kaiser die Uniform eines schlesischen Regiments getragen, wird uns bestritten. Er soll, seinem Gaste zu Ehren, die Uniform des Kürassier-Regiments getragen haben, zu dessen Chef er den Fürsten (an Stelle des verstorbenen Herzogs von Koburg) ernannt hat. Während des Frühstücks oder kurz vorher (auch hier gehen die Mittheilungen auseinander) erschienen der Reichskanzler, die preussischen Staatsminister und die Staatssekretäre — Herr v. Bütticher mit eingeschlossen — und die Mitglieder des Bundesraths, um ihre Karten abzugeben, resp. sich in ein aufgelegtes Buch einzutragen. Mehrere Abgeordnete gaben gleichfalls die Karten ab. Mit keinem dieser Herren hat, mindestens bis Nachmittag 3 Uhr, Fürst Bismarck eine Unterredung gehabt. Nach dem Frühstück besuchte der König von Sachsen den Fürsten. Zwischen 3 und 4 Uhr machte der Fürst der Kaiserin Friedrich seine Aufwartung. Auf dem nur kurzen Wege vom Schloß zum Palais der Kaiserin wurde Fürst Bismarck derartig umdrängt und umjohelt, daß der Wagen nur im Schritt vorwärts kam. Die Menge durchbrach die Schutzmannsposten, hielt auch die ganze Zeit unermüdet vor dem Schlosse aus, Hochrufe ausbringend, die Wacht am Rhein singend, enthusiastisch, wie man ein Berliner Publikum im allgemeinen nicht zu finden gewohnt ist. Ueber das Diner, das Fürst Bismarck um 6 Uhr in seinen Zimmern giebt, hieß es im Reichstage, es gelte eigentlich der Abordnung des Kürassierregiments, dessen Chef der Fürst geworden. Im Ganzen sollen nur 9 Personen theilnehmen, darunter auch, wie natürlich, Graf Herbert Bismarck. Der Kaiser werde, so verlautete weiter, nicht der Gaste des Fürsten sein, wohl aber für einige Zeit erscheinen und an der Unterhaltung theilnehmen.

Es ist heute weniger als in den letzten Tagen am Plage, über die möglichen politischen Wirkungen des Besuchs des Fürsten zu sprechen. In diesem Augenblick tritt das Persönliche weit voran, und die Zeit wird ja nicht ausbleiben können, wo es geradezu nothwendig wird, eine Bilanz auch nach der politischen Seite hin zu ziehen.

Des Fürsten Bismarck Abreise.

Gegen 6 Uhr Abends nahm das Gedränge Unter den Linden einen solchen Umfang an, daß die Polizei erneute energische Absperungsmaßregeln treffen mußte. Ein außerordentliches Schutzmannsaufgebot, und zwar alle zehn Schritte ein Doppelposten, bezeichnete den Weg, den der Fürst nehmen mußte. Die Illumination wurde um diese Zeit begonnen; sie war selbstverständlich improvisirt, immerhin aber recht mannigfaltig. Auf der Fahrt zum Bahnhofe begleitete der Kaiser den Fürsten in dem wiederum geschlossenen Wagen, während Prinz Heinrich und der gesammte militärische Hofstaat folgten, die Ehreneskorte in Zügen voran und dahinter. Noch stürmischer, wosern das möglich war, ertönten die Hurrahrufe der Menge, die wiederum zu ungezählten Zehntausenden den ganzen Weg besetzt hielt. Der Kaiser führte den Fürsten die 16 Stufen der Treppe zum etwas tiefer als das umliegende Straßenland befindlichen Bahnhofe langsam hinunter, wobei sich der Fürst fest auf den Arm des Kaisers stützte. Die Verabschiedung war überaus herzlich. Der Kaiser umarmte den Fürsten und küßte ihn dreimal. Der Herron war für das Publikum durchaus gesperrt. Der Kaiser wartete nicht den Abgang des Zuges ab, der um 7 1/2 Uhr unter den Klängen der Melodie „Deutschland, Deutschland über Alles“ die Halle verließ.

Der Brief des Kaisers, welchen Graf Moltke nach Friedrichsruh überbrachte, ist nach den „Hamb. Nachr.“ am Sonntag, den 21. d. Mts., geschrieben worden und trägt dieses Datum.

Für die strengen Absperungsmaßregeln auf dem Lehrter Bahnhof wird der Wunsch des Kaisers angegeben, daß Niemand anders dem Fürsten beim Betreten der Stadt Berlin die Hand drücken und ihn hier selbst willkommen heißen solle, als der Monarch selber oder sein Stellvertreter, Prinz Heinrich. Im letzten Moment erst wurde einigen mit Karten versehenen Vertretern Berliner, Wiener und Kopenhagener Blätter, einer kleinen Anzahl Offiziere und einigen Damen vom diplomatischen Korps der Zutritt zum Bahnsteig gestattet.

Die Studentenschaft wollte ursprünglich bei der Ankunft des Fürsten Bismarck auf dem Opernplatze vor der Unberkität in „Wichs“ Spalier bilden. Durch einen Freitag Vormittag am schmerzigen Brett der Unberkität erfolgten Anschlag wurde jedoch bekannt gemacht, daß ihnen noch in letzter Stunde vom königl. Polizeipräsidium die Erlaubnis hierzu entzogen worden sei. Die Studenten wurden aber aufgefordert, auch ohne „Wichs“ sich möglichst zahlreich an der bezeichneten Stelle einzufinden. Der Verein deutscher Studenten und die landwirthschaftliche Hochschule hatten sich daraufhin an der Moltkebrücke aufgestellt.

W. B. Friedrichsruh, 26. Jan. Wie zur Abreise des Fürsten Bismarck weiter gemeldet wird, hatten sich mit dem 8 Uhr Zuge von Hamburg kommend über hundert Personen auf dem hiesigen Bahnhofe eingefunden. Die 6 weiß gekleideten Jungfrauen, Töchter hiesiger Anwohner, begaben sich um 9 Uhr 10 Min. ins Schloß und überreichten dem Fürsten einen großen Lorbeerkranz mit prächtigen Bändern, auf denen ein Reife-Glückwunsch angebracht war. Bald darauf erschien der Fürst in Kürassieruniform und Helz, von stürmischen Hurrahs begrüßt. Die Fürstin begleitete den Fürsten bis zum Salonwagen und verweilte bis zum Abgang des Zuges vor demselben. Brausende Hochs erschollen, als der Zug sich in Bewegung setzte, sowie die Rufe: „Glückliche Reise zum Helle des Vaterlandes“ und „auf frohes Wiedersehen“. Schlich erfreut, dankte der Fürst scherzend nach allen Seiten und brückte vielen die Hand.

W. B. Dresden, 26. Jan. Zu Ehren der Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Berlin tragen viele Gebäude Flaggen-schmuck.

W. B. Leipzig, 26. Jan. An der Börse brachte zu der Zeit, wo die Ankunft des Fürsten Bismarck in Berlin erfolgt ist, der Reichsbankdirektor Heller in schwungvollen Worten ein begeistertes Hoch auf den Kaiser und auf den Fürsten Bismarck aus, in welches die Börversammlung begeistert einstimmte.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 26. Januar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Erklärung, betreffend die Verlängerung des Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien auf die Zeit bis einschließl. 31. März d. J., wurde in erster und zweiter Verathung erledigt.

Es folgt die erste Verathung des Gesekentwurfs wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichsinvalidentfonds. (Entnahme von 67 Millionen aus dem Invalidentfonds zur Verstärkung der Betriebsfonds des Reiches.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Selbem der Entwurf dem Reichstage zum letzten Male vorgelegen hat, haben sich die Verhältnisse, denen er Rechnung tragen sollte, wesentlich verschärft. Die Alters- und Invaliditätsversicherung und die Heeresverstärkung erfordern größere Betriebsmittel. Nach § 15 des Gesetzes über den Invalidentfonds ist es gestattet, die Fonds, wenn alle Verbind-

lichkeiten aus dem Pensionsgesetz erfüllt sind, zu anderen Reichszwecken zu verwenden. Im vorigen Jahre wurde betont, man könne sich auf das Gesetz nicht einlassen, bevor nicht die Invaliden aus den Kriegen vor 1870/71 besser bedacht seien. Das ist inzwischen geschehen. Es ist der Wunsch laut geworden, daß die Unfallversicherungsgenossenschaften zu den Betriebsmitteln der Invalidenversicherung beitragen. Das ist ohne Aenderung des Umlageverfahrens nicht möglich, bei der Invaliditätsversicherung besteht das Kapitalbedungsverfahren. Auch die Reichsbank darf nach dem Reichsbankgesetz der Reichskasse keine Vorstöße machen. Bisher haben wir mit den bestehenden Betriebsmitteln wirtschaften können, weil Preußen an Matrikularbeiträgen Vorstoß leistete. Seit der Clausula Francenstein und seitdem wir die Ueberweisungen haben, hat sich die Lage staatsrechtlich geändert. Früher gab es keine Gegenforderungen der Einzelstaaten an das Reich. Jetzt zahlt nur Preußen die Matrikularbeiträge im voraus am 1. 9 und 19. jeden Monats. Andere Staaten zahlen alle Monat postnumerando, Bayern rechnet alle Vierteljahre ab. Um nun eine geregelte Finanzwirtschaft zu ermöglichen, sind wir zu diesem Entwurf gezwungen. Man hat betont, das Budgetrecht des Reichstags würde abgeschwächt, das ohnehin nicht viel zu bedeuten habe. Das ist nur ein akademisches Bedenken. Höchstens könnte im Falle des Konflikts die Regierung sich auch ohne Matrikularbeiträge einige Monate über Wasser halten. Differenzen zwischen Regierung und Volkvertretung sind ein außerordentlich seltener Fall. Bewilligen Sie das Gesetz nicht, so müssen wir Schakanweisungen in erhöhter Zahl ausgeben oder die 67 Millionen durch Anleihe decken. Wir sind aber bestrebt, möglichst unsere Ausgaben aus ordentlichen Mitteln ohne Anleihen zu decken. Wir bitten um wohlwollende Prüfung der Vorlage.

Abg. Graf Oriola (natl.): Soweit sich das Bedürfniß einer Erhöhung der Betriebsmittel herausstellt, sind wir bereit in eine eingehende Prüfung einzutreten. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Die Beschaffenheit des Zahlungsmodus seitens der Einzelstaaten ist auf die Dauer unhaltbar und führt zu einer Prärogative Preußens. Abg. Richter wies im vorigen Jahr darauf hin, daß nach Annahme dieses Gesetzes das Einnahmewillkürrecht des Reichstags illusorisch würde. Viele Bedenken sind lediglich theoretischer Natur. Praktisch fällt ins Gewicht, daß einzelne Staaten, z. B. Preußen dadurch, daß sie die Matrikularbeiträge pränumerando bezahlen müssen, während die Ueberweisungen postnumerando festgestellt werden, schwer belastet sind. Im vorigen Jahre wurde mit Recht hervorgehoben, daß es sich hier um eine definitive Abführung von 67 Millionen handle und nur 5 Millionen für die Invaliden übrig bleiben. Noch bestehen berechtigte Forderungen der Invaliden bezüglich der Verhinderungszulage und Gleichstellung der im Staats- und Privatdienst angestellten Invaliden. Es sind also noch eine Reihe von Punkten eingehender Erwägung werth. Wir haben heute ein historisches Ereigniß hinter uns, welches durch Deutschland hindurch das Volk mit Jubel erfüllt. (Beifall.) Wir haben einen Tag erlebt, wo der Satz gegolten hat, daß Volk, das seine großen Männer ehrt, ehrt sich selbst. (Beifall rechts.) Wenn wir an die großen Männer denken, dann denken wir an die Zeiten, wo sie so Großes geleistet haben, dann denken wir an die Vergangenheit und an jene Männer, die mit ihrem Blut und Leben eingetreten sind für die Ziele, die jene großen Männer verfolgten. An sie zu denken, halte ich für eine besondere Pflicht der Kommission, die sich mit diesem Gesetz beschäftigen wird. (Beifall.)

Abg. Friken (Str.): Wenn wir die 67 Millionen aus dem Invalidentfonds nehmen, sind sie den Invaliden dauernd verloren. Es sind aber zahlreiche berechtigte Wünsche der Invaliden zu erfüllen, und in erster Linie müßten wir den Invalidentfonds für diesen Zweck verwenden. Dem Antrag auf Verweisung an die Budgetkommission schließe ich mich an. (Beifall.)

Abg. Graf Noon (vl.): Ich bin berechtigt, Namens meiner Freunde zu erklären, daß auch wir wünschen, den Entwurf an die Budgetkommission überweisen zu sehen, damit derselbe eingehend geprüft werde. In meinem eigenen Namen und dem einiger meiner politischen Freunde halte ich mich für verpflichtet, zu erklären, daß ich in Bezug auf diesen Gesekentwurf dieselben Bedenken habe, wie Graf Oriola und der Vorredner ausgesprochen hat.

Abg. Herbert (S.-D.): Wenn von einer Seite bei Gelegenheit dieser Verathung auf ein gewisses „patriotisches“ Ereigniß angeblendet worden ist, so überlasse ich das den Herren und gönne ihnen die Freude. Im Volk theilt man diese Gefühle aber nicht. (Sehr richtig! links.) Mit der Verweisung der Vorlage an die Kommission bin ich einverstanden.

Der Entwurf wird an die Budgetkommission verwiesen.

Es folgt die zweite Verathung der Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz.

Die grundlegende Aenderung, wonach die Altersgrenze für Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes, vom 21. auf das 18. Lebensjahr herabgesetzt wird, wird ohne Debatte unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Mit der Aenderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes ist eine Ergänzung des Strafgesekbuchs verbunden in der Richtung, daß jemand, der, obgleich er in der Lage ist, seine Angehörigen zu unterhalten, sich der Unterhaltungspflicht trotz Aufforderung der zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch Vermittelung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß, mit Haft eventuell Ueberweisung an eine Besserungsanstalt bestraft werden soll.

Abg. Wolfenbühler (S.-D.) erklärt sich gegen diese Bestimmung, durch die auch Unschuldige getroffen werden können. Werde sie beibehalten, so seien seine Freunde genöthigt, gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

Staatssekretär v. Bütticher führt aus, die Bestimmung entspreche einem längst gefühlten Bedürfniß. Es komme vor, daß Arbeiter in die Fremde gehen, dort gut verdienen und sich trotzdem der Unterstüzung ihrer Familie entziehen. Hier in Berlin seien allein 700 Fälle konstatiert, in denen Frau und Kinder in der

Heimath der Armenpflege zur Last fallen, während die Männer hier ihren guten Verdienst allein verbrauchen.

Die Bestimmung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die Kommission beantragt außerdem eine Resolution, das Unterstüßungswohnstättengesetz halbmöglichst auf Elsaß-Lothringen auszuwenden.

Abg. Weber (Helsberg, n.) spricht sich dafür aus, daß das Gesetz möglichst noch in dieser Session auf Elsaß-Lothringen ausgedehnt werde.

Staatssekretär v. Böttcher erklärt, daß die elsässische Regierung zur Einführung des Unterstüßungswohnstättengesetzes in den Reichslanden übergehen werde, sobald die neue Verwaltungsorganisation, namentlich die Gemeindeorganisation, durchgeführt sei.

Abg. Gröber (Str.) bemerkt, man soll ein Gesetz in ein Land nicht mit Gewalt einführen, wo es die Bevölkerung nicht haben will. Er bitte um Ablehnung der Resolution.

Abg. Dueb (S.-D.): Es ist vollständig unrichtig, daß die elsässische Bevölkerung mit dem jetzigen Zustand zufrieden ist. Man soll nicht die Stimme der elsässischen Abgeordneten als Stimme der dortigen Bevölkerung ansehen. Die Armenpflege reicht dort keineswegs aus. Früher hat sie dem Bedürfnis genügt, heute entspricht sie nicht einmal mehr den dringlichsten Anforderungen. Wenn wir warten wollten, bis die neue Gemeindeordnung eingeführt ist, können wir noch sehr lange warten. Die Bevölkerung wird sich mit dem Unterstüßungswohnstättengesetz gewiß einverstanden erklären. Unzufrieden ist sie mit den vielen Ausnahmegeetzen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spahn (Str.) erklärt sich gegen die Resolution.

Abg. Fritzen (Str.) bemerkt, obwohl er auf dem Boden der Resolution steht, könne er ihr wegen ihrer scharfen Form nicht zustimmen, weil er sonst den föderativen Gedanken, den das Centrum vertritt, verleugnen würde.

Die Resolution wird gegen die Stimmen des Centrums angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Gesekentwurf, betr. die Finanzreform.)

Schluß 5 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 26. Januar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Beratung der Interpellation v. Kröber über den Abschluß künftiger Handelsverträge wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Paasche (n.): Gestern erklärte Dr. Friedberg, daß der andere Redner unserer Partei Dr. Krause nur in seinem eigenen Namen spreche. Dr. Friedberg war in der betreffenden Fraktionsitzung nicht zugegen, und ich kann demnach erklären, daß in jener Sitzung Dr. Krause einstimmig zum Fraktionsredner bestimmt worden ist, um die Ansichten der Partei zum Ausdruck zu bringen. Ein Nothstand der Landwirtschaft ist unbestreitbar, aber die Beweise der Konjunktur sind nicht stichhaltig. Die Verschuldungssituation beweist nicht viel, denn auch die Verschuldung der städtischen Grundstücke ist bedeutend gestiegen. Auch die Angabe des Herrn von Erffa über die nichtverkauften 100 Centner Weizen ist nicht beweiskräftig, denn tatsächlich ist der Weizenimport gesunken. Die Staffeltarife haben Mitteldeutschland mehr geschadet als andere Dinge. Der Satz, daß eine unterwerthige Valuta an sich eine Exportprämie bildet, ist keineswegs ein allgemein anerkannter nationalökonomischer Grundsatz. Es kommt vielmehr auf das Schwanen der Valuta an, auf das Steigen und Fallen derselben. Wenn der Vorschlag des Abg. Friedberg angenommen wird, daß der Zoll in denjenigen Gebieten zu zahlen sei, in dem in dem betreffenden Lande alle anderen Zahlungen erfolgen, so würde die Landwirtschaft davon keinen Nutzen haben, sondern höchstens die Industrie. Denn wir exportieren ja nicht landwirtschaftliche Produkte, sondern importieren sie, und unser Zoll bleibt sich gleich, da wir die feste Goldwährung haben. Der Vorschlag des Abg. v. Kardorff, den Zoll um das volle Goldagio zu erhöhen, bedeutet eine exorbitante Erhöhung des Zolles, d. h. Rußland gegenüber eine Erhöhung um 30 Prozent. Eine differentielle Behandlung der einzelnen Staaten würde eine so eingehende Kontrolle für alle eingeführten Waaren nach dem Ursprung nothwendig machen, daß dieselbe auf die Dauer nicht durchzuführen wäre. Die gleitende Zollskala würde die Spekulation tatsächlich steigern. Durch die Doppelwährung wird keine Abhilfe für die Landwirtschaft geschaffen; eine internationale Einführung derselben würde auch auf große Schwierigkeiten stoßen angesichts der steigenden Silberproduktion und des Rückganges des Silberpreises. Frankreich würde durch die internationale Einführung der Doppelwährung mit einem Schlage anderthalb Milliarden gewinnen. Eine Kontingentierung der Silberproduktion ist gar nicht durchführbar; denn es kommen bei der Produktion hauptsächlich außer-europäische Länder in Betracht. Ich sage nicht, daß wir die Hände in den Schoß legen sollen, aber an der Regelung der Währungsfrage haben andere Länder dasselbe Interesse wie wir. An einer internationalen Regelung der Währungsfrage werden wir gern mitwirken, aber eine internationale Doppelwährung halten wir nicht für durchführbar. (Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. Graf Strachwitz (Str.) behauptet, daß Deutschland einen Roggenimport nicht nöthig habe, wir brauchen nur 2/3 Doppelcentner pro Hektar mehr zu ernten, und das sei mit Leichtigkeit zu erreichen. Nicht Angebot und Nachfrage regeln jetzt die Getreidepreise, sondern die Spekulation an der Börse. (Sehr richtig! rechts.) Von der Aufhebung des Identitätsnachweises habe die Bevölkerung einen großen Schaden, sie würde für unsern guten Roggen, der ins Ausland gehen würde, minderwerthigen russischen Roggen bekommen. Die Interpellation sei ihrem Sinn und Wortlaut nach vollkommen begründet. Sie entspreche der Stimmung im Lande. Die Regierung müsse klar darüber werden, was sie an der Landwirtschaft habe. Seine (Redners) Auffassung der Interpellation gebe dahin, daß die Regierung entweder dahin wirken solle, daß in Rußland die Goldwährung eingeführt werde, oder daß auf internationalen Wege die Doppelwährung durchgeführt werde. Für das Bestehen der Industrie sei eine kräftige Landbevölkerung nothwendig. In der Begründung des Entwurfs über die Landwirtschaftskammern seien gesunde konservative Grundsätze enthalten. Möge die Regierung diese Grundsätze auf wirtschaftliches Gebiet übertragen. (Beifall rechts.)

Abg. Ehlers (Frl. Bg.): Es ist eine etwas starke Zumuthung an die Regierung, Rußland zur Einführung der Goldwährung zu bewegen oder die internationale Regelung der Doppelwährung herbeizuführen. Es ist etwas spät dazu, jetzt Bedingungen für das Zustandekommen des russischen Handelsvertrages zu stellen. Aber die Interpellation enthält viel mehr. Sie fragt die Regierung, was sie zu thun gedenkt zur Hebung der Landwirtschaft. Ich habe Interesse an den agrarischen Verhältnissen und am Gedeihen der Landwirtschaft, ich habe es mit einigen hundert Bäckern der Stadt Danzig zu thun. Der Satz, daß der Bauer Geld, hat die ganze Welt, ist insofern nicht richtig, als es den andern Erwerbszweigen schlecht gehen kann, wenn es der Landwirtschaft gut geht. Nicht bloß die Landwirtschaft leidet Noth. Auch die Schiffshederei liegt

außerordentlich darnieder. Es fragt sich nun aber, ob die vorgelegenen Mittel zur Hebung der Landwirtschaft beitragen können. Man kann das nicht behaupten angesichts der Thatfache, daß die konservativen Männer, die an verantwortlicher Stelle als Beamte stehen, von diesen Mitteln nichts wissen wollen. Ich glaube auch nicht, daß die Landwirtschaft vor ihrem Ende steht. Der Differentialzoll gegen Rußland nützt nicht der Landwirtschaft, sondern schadet ihr sogar. Die Ursache des landwirtschaftlichen Nothstandes liegt oft in lokalen Ursachen. Eine gleitende Zollskala würde nichts helfen. Eine Aenderung unserer Währung und des Verhältnisses unserer Valuta zu Rußland wäre ausfichtslos und würde nur der Börsenspekulation Vorschub leisten. Weit mehr als alle die vorgelegenen Mittel würde die Aufhebung des Identitätsnachweises der östlichen Landwirtschaft nützen. Ebenso würde der Landwirtschaft durch Tarifiermächtigungen ein großer Nutzen erwachsen. Der Weg aber, den die Konservativen gezeigt haben, ist nicht gangbar, und die Regierung würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie sich über die Forderungen der Agrarier klipp und klar aussprechen wollte. (Beifall links.)

Abg. v. Schalscha (Str.): Es ist sehr nützlich, wenn wir den preussischen Vertretern im Bundesrath gegenüber unser Votum hier abgeben, damit Irrthümer vermieden werden, die im Bundesrath bisher Platz gegriffen haben. Der Vorredner hat gerade so gesprochen, als wenn seine Partei irgend eine Bedeutung im Lande hätte. (Abg. Brömel: Hat sie auch.) Der Ausspruch: Hat der Bauer Geld, so hat die ganze Welt! hat seine Berechtigung, denn die Landwirtschaft produziert die meisten Werthe. Ich bin kein blinder Verehrer der gleitenden Skala, aber meine Bedenken dagegen sind gerade durch die gestrigen Ausführungen des Handelsministers gegen die gleitende Skala sehr erschüttert worden (Weiterkeit). Die Folgerungen des Reichskanzlers über Handelsbilanz und allgemeine Finanzlage im Reichstage waren irrig. Wir haben Länder mit ungünstiger Handelsbilanz und günstiger Finanzlage und umgekehrt. Das Wohlergehen eines Staates hängt nicht von der Handelsbilanz ab, sondern von seinen inneren Verhältnissen, von seinen produktiven Anlagen, und man muß einmal von dem perniciösen Irrthum zurückkommen, als ob die Handelsbilanz der Hauptpunkt wäre. Wenn der Reichskanzler den Landwirthen gerathen hat, 50 Prozent abzuschreiben, so hat er nicht bedacht, was für einen ungeheuren Verlust am Nationalvermögen das bedeutet. Es ist ein Grundirrtum, wenn man der Stabilität wegen Handelsverträge auf 12 Jahre schließt. Denn das ist die Stabilität des Glücks.

Abg. Niefert (Frel. Verein.): Frhr. v. Erffa hat den Rückzug gegenüber der Regierung durch eine Kanonade auf uns verbeißt. Was für ein Votum haben Sie denn gegen die Regierung abgegeben, das im Reichstag berücksichtigt werden sollte! Und wenn ich noch so prekte, es kam kein Tropfen Nels aus der ganzen Debatte hervor. Diese Interpellation ist doch zu harmlos, als daß der Reichstag davor Respekt haben sollte. Damit geben Sie kein Votum ab, sondern es sind nur Verlegenheitsphrasen. Sagen Sie doch, was Sie wollen, und geben Sie konkrete Vorschläge. Der österreichische und italienische Handelsvertrag ist auf 12 Jahre festgelegt, und die Ehre des deutschen Reiches ist dabei engagirt. Meinen Sie, daß bei Aufrechterhaltung des Zollkrieges gegen Rußland die östliche Landwirtschaft Nutzen haben wird? Sie werden diese Frage nicht bejahen können. Sachverständige behaupten sogar, daß nach Oeffnung der russischen Grenze der Getreidepreis in die Höhe gehen wird. Gegenwärtig hat der Differentialzoll gegen Rußland gar keine Wirkung, die Getreidepreise gehen sogar herunter. Der Reichstag, der den österreichischen, italienischen, rumänischen Handelsvertrag angenommen hat, hat gewiß die Verpflichtung, den russischen Vertrag anzunehmen. Graf Mirbach hat auch im Reichstag im vorigen Jahre gesagt, daß bei einer Ermäßigung des Zolles auf russisches Getreide und gleichzeitiger Aufhebung des Invalitätsnachweises die Landwirtschaft im Osten sich besser stellen werde als jetzt. Früher haben sie diese Aufhebung des Identitätsnachweises bekämpft, und jetzt erst kommen sie dahinter. Durch die Aufhebung des Identitätsnachweises wird dem Getreide ein höherer Preis gesichert. Ein Differentialzoll gegen Rußland läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten. Nehmen wir jetzt den russischen Vertrag nicht an, so sind wir später gezwungen, den Vertrag unter ungünstigeren Bedingungen anzunehmen. Es handelt sich nicht bloß um eine wirtschaftliche, sondern auch um eine eminent politische Frage. Mit der Frage der Landwirtschaftskammern werden Sie keine Hilfe für die Landwirtschaft erreichen, sondern nur Beunruhigung in die Bevölkerung hineintragen. Die gegenwärtige Reichsregierung kann sich etwas darauf einbilden, wenn sie das hochbedeutende Werk eines russischen Vertrages zur Stande bringt, was selbst dem Fürsten Bismarck nicht gelungen ist. (Beifall links, Widerspruch und Lachen rechts.)

Abg. Frhr. v. Hammerstein (konf.): Die Rede des Abg. Niefert war nicht sachlich, sondern enthielt nur allgemeine Redewendungen. Wir sind nun einmal der feyerlichen Ansicht, daß die Bindung des Zolles auf 12 Jahre uns wehlos macht gegenüber dem jeweiligen Preisniveau und dem weiteren Rückgang des Silberpreises. In der französischen Deputirtenkammer liegt jetzt ein Gesekentwurf vor, nach welchem die Schädigungen, die eine unterwerthige Valuta fremder Länder verursacht, durch eine bewegliche Zollskala ausgeglichen werden sollen. Wenn Frankreich das für möglich hält, warum soll es bei uns unmöglich sein? Der Satz, daß eine unterwerthige Valuta eine Exportprämie darstellt, ist zwar nicht mathematisch zu beweisen, aber hervorragende Nationalökonomien haben sich für diesen Satz ausgesprochen. Der Zweck der Interpellation ist nicht, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, sondern ein sachlicher. Zwischen den Konservativen und dem Reichskanzler hat sich eine Divergenz in volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen herausgebildet, die eine sachliche Verständigung nicht mehr möglich erscheinen läßt. Das preussische Staatsministerium nimmt heute eine andere Stellung zu der Landwirtschaft ein als früher. 1887 noch wurde eine Erhöhung des Zolles für nothwendig gehalten, und 1891 wird eine Ermäßigung beantragt. Die Lage der Landwirtschaft ist aber seitdem keine bessere geworden. Ich muß annehmen, daß es dem preussischen Staatsministerium nicht möglich gewesen ist, in jedem Stadium der Zollverhandlungen seinen Einfluß wirkungsvoll auszuüben. Was die Industrie betrifft, so hat die Landwirtschaft das Kartell nicht gebrochen, die Industrie hat ja keinen höheren Schutzzoll verlangt. Hätte die Industrie 1891 eine so loyale Erklärung abgegeben wie jetzt der Fabrikant Bauisch (Abg. links, Bravo! rechts), so wären die Handelsverträge nicht angenommen worden. Man hat ja dem Herrn Bauisch vorgeworfen, daß er Fabriken auf russischem Boden hat, es ist dieserhalb eine Verleumdungsfrage gegen die „Frankfurter Zeitung“ eingereicht. Die Verschuldung des Grundbesitzes rührt nicht bloß von Erbschaften und Käufen her, sondern es haben viele Landwirthe im Vertrauen auf den alten Kurs große Summen in Weltanleihen gesteckt. Der neue Kurs durchschneidet ihre Berechnungen, und man hat zu ihm kein Vertrauen. Eine Vereinbarung über eine gleitende Zollskala würde sogar für Oesterreich von Vortheil sein. Bei früheren Verhandlungen ist ja vom russischen Finanzminister Wischnegradsky die gleitende Zollskala in Anregung gebracht worden. Wir haben auf unsere Anfrage eine befriedigende Antwort von der Regierung nicht erhalten, wir werden die Konsequenzen daraus ziehen. (Beifall rechts.)

Handelsminister Frhr. v. Verlevisch: Ich muß es vermeiden,

über den russischen Handelsvertrag im gegenwärtigen Augenblick zu sprechen. Die Interpellanten konnten über die Antwort der preussischen Regierung überhaupt nicht zweifelhaft sein. Denn wenn die preussische Regierung der Meinung gewesen wäre, daß die Währungsfrage in Rußland so liege, daß dieselbe vor der Verhandlung eines Handelsvertrages gelöst werden müßte, so hätte sie darauf gedrungen, daß dieser Weg zuerst eingeschlagen wird. Waren also die Interpellanten darüber nicht zweifelhaft, so konnte ihnen nur daran liegen, über die Handelsverträge überhaupt zu sprechen, und dazu ist ja der Landtag befugt. Der Frhr. v. Hammerstein hat aus der Thatfache, daß die preussische Regierung für die Handelsverträge eingetreten ist, die Folgerung gezogen, daß seitens der Reichsregierung die preussische Regierung nicht in jedem Augenblick in die Lage verlegt worden ist, zu den Verträgen Stellung zu nehmen und Kritik zu üben. Diese Voraussetzung ist unrichtig und muß unrichtig sein. Wenn die preussische Staatsregierung Bedenken gehabt hätte in irgend einem Stadium der Verhandlungen, so war sie in jedem Augenblick der Verhandlungen in der Lage, ihren Widerspruch zur Geltung zu bringen. In keinem Stadium der Zeit, die vergangen ist seit Eintritt in die Verhandlungen mit Oesterreich bis zum heutigen Tage ist ein Verfahren seitens der Reichsregierung eingeschlagen worden, welches der preussischen Regierung unmöglich gemacht hätte, rechtzeitig ihre Bedenken geltend zu machen. (Lachen rechts.) Daraus können Sie den Schluß ziehen, daß die preussische Regierung sich nicht im Gegensaß zur Reichsregierung befunden hat und sich auch heute nicht befindet. (Hört! hört! rechts.) Ja, ich wundere mich, daß Sie sich überhaupt über diese Aeußerungen wundern. (Sehr richtig! links.) Die Thatfache liegt doch so klar. Ich hätte nicht geglaubt, daß es nöthig gewesen wäre, dies auszusprechen; da aber Frhr. v. Hammerstein diesen Zweifel ausgesprochen hat, so habe ich es für nöthig gehalten, diesen Zweifel zu widerlegen. (Beifall links.)

Abg. Brömel (Frel. Verein.): Die Herren von der Rechten hätten allerdings wissen können, daß die preussische Regierung sich in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung befindet. Sie haben auch uns Monologe gehalten, die einen sachlichen Werth nicht beanspruchen können. Sie haben allein die Bedeutung agitatorischer Demonstrationen. Der preussische Landtag ist nicht in der Lage, Lehren dem Bundesrath oder dem Reichstag zu erteilen. Ist die neulich verbreitete Nachricht wirklich wahr, daß ein Regierungspräsident die Sparfassen angefragt hat, wie sie sich zu einer Umwandlung der kündbaren Hypotheken in amortisirbare Renten bei niedrigerem Zinsfuß stellen würden? Es ist unrecht, über den russischen Handelsvertrag hier zu sprechen, während die Verhandlungen noch schweben.

Abg. v. Blöb (konf.): Der Minister hat uns nicht Antwort darauf gegeben, warum die preussische Regierung die Bahn von 1879 verlassen hat, obwohl die Lage der Landwirtschaft schlechter geworden ist. Unsere Agitation ist nicht unloyal, unloyal war vielmehr das Verhalten der Fortschrittspartei, als sie eine Adresse an den Monarchen richtete, den damaligen Ministerpräsidenten v. Bismarck zu beiseitigen. Aber dieser hat die Partei bekämpft und besiegt, und darum Deutschland herrlich geehrt. Der heutige Tag ist das beste Siegel darauf. Der Freisinn möchte Groß- und Kleingrundbesitz, Osten und Westen aufeinander heben. Wir aber halten den Einheitsglauben aufrecht. Wir vertreten kein Sonderinteresse, wir meinen aber, daß der Inlandsmarkt der beste Markt ist. Der Nothstand aus der vorjährigen Futternoth ist noch nicht beseitigt, der Landwirtschaftsminister möge alles thun, um diesem Nothstand abzuhelfen, namentlich durch Oeffnung der Wälder. Wenn wir Fünfmarktzoll bekommen, wenn die Währungsfrage geregelt wird, wenn eine Börsenordnung geschaffen wird, so wären wir sehr zufrieden. Zunächst aber müssen wir verlangen einen Weltzoll, eine Aufhebung der freien Transitlager, eine Aenderung der Alters- und Invalitätsversicherung und eine strengere Absperrung der Grenzen gegen Einschleppung von Seuchen. Ferner müssen die Preise der Ralsalze auf Staatswerken herabgesetzt werden, ebenso die Eisenbahntarife für künstlichen Dünger. Auch sollten Mittel zu Meliorationen im preussischen Etat eingestellt werden. Eine Entlastung der Selbstverwaltung gehört auch in diese Kategorie.

Preussischer Ministerpräsident Graf zu Stolberg-Krohn: Wenn ich dem Vorredner auf alle Fragen antworten wollte, so würde ich die Geduld des Hauses allzulange in Anspruch nehmen. Ich möchte nur im Allgemeinen aussprechen, daß man der preussischen Regierung nicht ernstlich den Vorwurf machen kann, daß sie die Interessen der Landwirtschaft nicht vertreten hat, vertritt und vertreten wird. Was die Anfrage des Abg. Brömel betrifft, so ist eine Anregung gegeben worden, ob die Sparfassen nicht bei der Ausgabe von Darlehen auf Amortisationsrenten mit niedrigerem Zinsfuß Bedacht nehmen könnte.

Abg. Dueb (nfl.) tritt für die Stabilität des Zolltarifs ein. Mit Freude begrüße er die jetzige Enquete über die Währungsfrage, die wohl die letzte und entscheidende Niederlage des Bimetallismus sei. Die Industrie habe sich gegen die Landwirtschaft stets loyal verhalten; der russische Handelsvertrag schädige nicht die Interessen der Landwirtschaft. (Zischen rechts.)

Abg. Dr. Arendt (Frl.) glaubt, daß die Interpellation im richtigen Augenblicke gestellt und von Nutzen sei. Die gleitende Skala könne nicht so ohne Weiteres von der Hand gewiesen werden. Man scheint nicht Getreidezölle herabgesetzt zu haben, um Handelsverträge zu machen, sondern Handelsverträge gemacht zu haben, um die Getreidezölle herabzusetzen. (Widerspruch des Handelsministers.)

Damit ist die Diskussion geschlossen, und das Haus vertagt sich auf Dienstag 11 Uhr. (Kleinere Etats, Domänen-Stat, Lotterieverwaltung.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Militärisches.

* Personalveränderungen im V. Armee-Korps. Bauermann, Assi.-Arzt 2. Kl. vom 1. Niederhiesl. Inf.-Reg. Nr. 46, zum Assi.-Arzt 1. Kl.; Dr. Sandhoy, Assi.-Arzt 2. Kl. der Reserve vom Landwehrbezirk Neutomischel zum Assi.-Arzt 1. Kl.; die Unterärzte der Res. Weikert vom Landwehrbezirk Neutomischel und Bresler vom Landwehrbezirk Kosten zum Assi.-Arzt 2. Kl. befördert. Dr. Kiehneder, Assi.-Arzt 2. Kl. der Res. vom Landwehrbezirk Lauban, der Ablecht befördert.

* Personalveränderungen in der 4. Division. Dr. Schumde, Unterarzt der Res. vom Landwehrbezirk Bromberg zum Assi.-Arzt 2. Kl. befördert.

lokales.

Bosen, 27. Januar.

* Die Feier des 100jährigen Bestehens unseres Geschäfts und der Zeitung findet morgen Vormittag 11 Uhr in den Geschäftsräumen unserer Druckerei statt. Soweit der Raum reicht, sind uns Freunde und Gönner, die zu der Festlichkeit erscheinen wollen, willkommen.

† Zur Feier des Geburtstages des Kaisers. Der große Zapfenreich verlief gestern Abend ohne jede Störung, trotzdem

Sowohl der Zug in der Oberstadt wie der in der Unterstadt von einer großen Menschenmenge begleitet war. Der Papststreik nahm im Uebrigen seinen programmatischen Verlauf. In derselben Weise begann heute früh 7 Uhr die Revue durch die Oberstadt von der Hauptwache und durch die Unterstadt vom Rathhause aus. Auch hierbei hatten sich schon viele Menschen eingefunden. Bald bedeckten sich sämtliche öffentlichen und zahlreiche Privatgebäude in gewohnter Weise mit Flaggen. Viele Schaufenster zeigten geschmackvolle Dekorationen und sind mit Kaiserbildern und Büsten geschmückt. Das milde angenehme Wetter begünstigt die Feler sehr.

H. K. Seitens deutscher Firmen ist neuerdings in verschiedenen Fällen bei der Versendung von Waaren über Frankreich gegen die französischen Bestimmungen über die Bezeichnung von Waaren gefehlt worden. Es wird daher auf Artikel 15 des französischen Zolltarifgesetzes vom 11. Januar 1892 aufmerksam gemacht, welcher in Uebersetzung folgendermaßen lautet: „Verboden ist die Einfuhr aller ausländischen Natur- oder Gewerbezweignisse, welche, sei es auf sich selbst, sei es auf den Umschlagungen, Marken, Ballen, Umschlägen, Streifen oder Etiketten u. s. w., eine Fabrik- oder Handelsmarke, einen Namen, ein Zeichen oder irgend eine Angabe tragen, die den Glauben zu erwecken geeignet ist, daß sie in Frankreich verfertigt oder französischen Ursprungs sind; auch sind dergleichen Erzeugnisse von der Aufnahme in die Niederlage, von der Durchfuhr und dem Verkehr ausgeschlossen. Diese Bestimmung findet auch auf ausländische Gewerbs- oder Naturerzeugnisse Anwendung, die an einem mit einem französischen gleichnamigen Ort gewonnen sind und die nicht zugleich mit dem Namen dieser Ortschaft in deutschen und in die Augen fallenden Buchstaben den Namen des Ursprungslandes und die Angabe „importo“ tragen.“ Eine ähnliche Bestimmung enthält bereits Artikel 19 des französischen Gesetzes vom 23. Juni 1857.

Personalnotiz. Zum Vertreter des am 1. Februar d. J. aus dem Amt scheidenden Kreisphysikus für die beiden Kreise Posen-Stadt und Posen-West, des Herrn Medizinalraths Dr. Kunau, ist bis zur definitiven Besetzung dieser Stelle der Kreisphysikus für den Kreis Posen-Ost, Herr Sanitätsrath Dr. Hirschberg durch die königl. Regierung ernannt worden.

Personalien. Versetzt ist der Amtsrichter Steuber in Posen als Landrichter an das Landgericht in Schneidemühl. Zum Notar ernannt für den Bezirk des Oberlandesgerichts Posen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Birnbaum ist der Rechtsanwalt Dr. Bischofswerder in Birnbaum. Die nachgelagerte Entlassung aus dem Justizdienst behufs Uebertritts zur Provinzialverwaltung ist dem Gerichtsassessor Biergege aus Schneidemühl erteilt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 26. Jan. Das Subkomitee für das Bismarckdenkmal beriet heute Vormittag die Platzfrage. Bezüglich derselben wurde Uebereinstimmung erzielt, doch soll vor der definitiven Beschlußfassung am nächsten Montag unter Hinzuziehung von Sachverständigen noch eine Lokalbesichtigung stattfinden.

Berlin, 26. Jan. Der Bundesrath stimmte in seiner Sitzung am Donnerstag der Verlängerung des deutsch-spanischen Handelsprovisoriums bis zum 31. März, dem Entwurf über den Schutz der Briefstauben und dem Briefstaubverkehr im Kriege, dem Reichsfeuerengesetz und der Vorlage, betreffend die Anerkennung der belgischen Prüfungszeichen für Handfeuerwaffen in Deutschland zu.

Breslau, 26. Jan. Nach den bisher vorliegenden Resultaten der Reichstags-Stichwahl im 10. Wahlkreise des Regierungsbezirks Oppeln (Neustadt) gilt die Wahl des Rittergutsbesizers Strzoda (polnisch-ultramontan) als gesichert. Aus einigen Landbezirken fehlen die Resultate noch.

Wien, 25. Jan. Der „Polit. Corr.“ wird aus Belgrad geschrieben: Ein Theil der Hochschüler veranstaltete vor dem Palais eine Kundgebung unter dem Ruf „es lebe die Verfassung.“ Da das Verhalten der Demonstranten ein friedliches war und die Kundgebung den Eindruck der Harmlosigkeit hervorrief, fand die Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten. Ueberall herrscht Ruhe, der Geschäftsgang ist normal. Aus Belgrad verlautet noch, daß die dort anwesenden bauerlichen Deputirten von dem Stadtpräsidenten, Oberlieutenant Mikailowitsch, die Weisung erhielten, die Reise bis binnen 24 Stunden zu verlassen; die meisten sind heute früh abgereist.

Wien, 26. Jan. Zu Ehren des Geburtstages des deutschen Kaisers fand heute auf der deutschen Botschaft ein Frühstück statt, an welchem Prinz und Prinzessin Reuß, Prinz und Prinzessin von Ratibor, Prinz von Uchnowsky und andere Mitglieder der Botschaft, der Herzog Wilhelm von Württemberg, die diplomatischen Vertreter Bayerns, Sachsens und Württembergs, der Fürst und die Fürstin Habsfeld, sowie Mitglieder der deutschen Kolonie theilnahmen. Heute Nachmittag begaben sich der Prinz Reuß und sämtliche Mitglieder der deutschen Botschaft mit dem Courierzuge nach Pest, um als Gäste des Kaisers an dem dort stattfindenden Galadiner theilzunehmen.

Wien, 26. Jan. Der deutsche Botschafter Prinz Reuß sowie die übrigen Mitglieder der Botschaft haben sich heute nach Pest begeben, um einer Einladung des Kaisers folgend, an dem morgigen Diner anlässlich des Geburtstages des Kaisers Wilhelm II. theilzunehmen.

Prag, 26. Jan. [Dmladinaprozeß] Bei der heutigen Verhandlung wurden Schreibsachverständige sowie Sachverständige für Papier und Tinte vernommen und das Zeugenverhör beendet. Polizeiwachleute schilberten die Mißhandlungen und Verwundungen, denen sie durch die Uebermacht auf sie eindringenden Exzedenten ausgesetzt waren. Gäste und Kellner des Adelskaffeehauses sagten über den Steinwurf aus, durch welchen i. Z. die Fenster Scheiben des Kaffeehauses zertrümmert wurden. Der Präsident des Gerichtshofes war wiederholt genöthigt, die Angeklagten zu anständigem Verhalten der Zeugen und Sachverständigen gegenüber zu ermahnen. Ein Verteidiger wurde zur Ordnung gerufen.

Barcelona, 26. Jan. Die Polizei verhaftete einen Mann, welcher sich in Begleitung des Attentäters Murull befand, als dieser das Attentat ausführte. Ebenso wurde ein Freund jenes Mannes verhaftet. Murull hat erklärt, er habe auf den Gouverneur geschossen, weil er jede Autorität vernichten wolle.

Saragosa, 26. Jan. Hier fanden weitere Verhaftungen statt. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen. Es herrscht andauernd Ruhe.

Paris, 26. Jan. Der Ministerpräsident Kasimir Périer erklärte in der Kreditkommission, daß die italienische und die griechische Regierung übereinstimmen, die Ratifikation der Münzkonvention vom 30. Januar auf den 10. März zu verschieben und daß er auf diese Abmachung eingegangen sei. Ferner erklärte der Ministerpräsident, daß er die Entschädigung

für die bei den Vorfällen von Ugués-Mortes benachtheiligten Italiener aus den geheimen Fonds gezahlt habe. Italien habe für die bei den Zwischenfällen von Rom und Neapel geschädigten Franzosen 30 000 Frs. bewilligt.

Paris, 26. Jan. Eine Depesche des Generals Dobbis aus Soho meldet, daß alle Fürsten und Anführer nach Soho zusammenberufen worden sind, um einen neuen König von Dahomey zu wählen. Dieselben hätten einstimmig Gonthili, den Sohn Glegles, zum Nachfolger Behanzins designirt. Der neue König sei anerkannt und am 15. d. M. im Namen der Regierung der Republik der Bevölkerung in der Umgebung von Abomey präsentirt worden, wobei ihn die Bevölkerung enthusiastisch aufgenommen habe. Der neue König habe seine Mitwirkung bei den weiteren Versuchen, Behanzin gefangen zu nehmen, zugesichert. General Dobbis beschloß sich gegenwärtig damit, die Grundlage für die Beziehungen des neuen Königs zur französischen Regierung festzustellen. Der Gesundheitszustand der Truppen sei zufriedenstellend; General Dobbis hofft, eine baldige Verminderung des Truppenbestandes herbeiführen zu können.

Paris, 26. Jan. Der „Temps“ meldet unter Reserwe, daß im Hafen von Barcelona eine Dynamitexplosion stattgefunden habe, wobei mehrere Personen verwundet worden seien. — Nach Meldungen aus Boulogne für Seine explodirte heute Mittag in einer Waschanstalt der Dampfessel. Bisher sind aus den Trümmern zwei Leichen und eine schwerverwundete Wäscherin hervorgezogen worden. Da zur Zeit der Explosion Mittagspause war, befanden sich nur etwa 10 Frauen in dem Waschaufe; man befürchtet, daß die meisten umgekommen sind.

Petersburg, 26. Jan. Es bestätigt sich, daß die Großfürstin Xenta Alexandrowna sich mit dem Großfürsten Alexander Michailowitsch verlobt hat.

Belgrad, 26. Jan. Das neue Kabinet wird von den Organen der fortschrittlichen Partei und von den Liberalen sympathisch begrüßt. Die Kritik der radikalen Opposition richtet sich hauptsächlich gegen die Anwesenheit und das Eingreifen des Königs Milan. — Der radikale Klub hat eine von 106 Abgeordneten der Skupstina unterzeichnete Erklärung erlassen, in welcher die Anwesenheit des Vaters des Königs als Bruch des Ehrenwortes und als Gesezwidrigkeit bezeichnet wird. Ferner wird in der Erklärung gegen jede Theilnahme des Königs Milan an Staatsgeschäften als verfassungswidrig protestirt, ebenso wie gegen sein Verbleiben im Lande. Die gegenwärtige Regierung wird für alle Folgen, der etwaigen Beeinflussung des Staatsgerichtshofes oder der Einstellung der Thätigkeit desselben, verantwortlich gemacht; schließlich wird erklärt, daß die radikalen Abgeordneten in ihrer bisherigen Haltung auszuhalten entschlossen seien.

Belgrad, 26. Jan. Das Prozeßverfahren gegen die angeklagten Mitglieder des Kabinetes Avatumowitsch ist durch königliche Amnestie eingestellt. Die Amnestie gründet sich auf die Artikel 40 und 41 der Verfassung, betreffend das Amnestierecht.

Kairo, 26. Jan. Der Khedive veröffentlicht einen Erlass, in welchem er die ägyptische Armee und die in derselben dienenden britischen Offiziere lobt und in die Veretzung Maher Paschas auf einen anderen Posten willigt.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pos. Stg.“
Berlin, 27. Januar, Morgens.

Der Kaiser fuhr gestern Abend 10¹/₂ Uhr nach dem Anhalter Bahnhof und begrüßte den um 10 Uhr 40 Min. eintreffenden König von Württemberg. Nach erfolgter Begrüßung fuhren beide Monarchen gemeinsam nach dem Schlosse, wo der König von Württemberg während seines Aufenthalts in Berlin wohnen wird.

Wie aus Friedrichsruh gemeldet wird, ist Fürst Bismarck gestern Abend 11 Uhr in gutem Wohlsein hier eingetroffen. Der Weg vom Bahnhofe bis zum Schlosse war durch Magnesiumlicht erleuchtet. Die versammelte Menge empfing den Fürsten mit Hurrahrufen.

Als Zeitpunkt für den Zusammentritt der deutschen Waarenenquete-Kommission ist die erste Hälfte des Februars in Aussicht genommen.

Der nächste internationale Bergbauarbeiter-Kongreß findet nach einer Meldung des „Vorwärts“ in der ersten Woche nach Pfingsten statt.

Die Verhandlungen in dem Prozeß des verhafteten bulgarischen Offiziers Luko Swanow und seines Bruders haben, wie aus Sofia gemeldet wird, am Freitag begonnen. Der frühere Minister Tontschew hat sein Mandat als Verteidiger niedergelegt. Die Anklage hebt hervor, Swanow habe als Lieutenant des Regiments in Rußland die Regimentskasse um 3000 Franks betrogen. Swanow sei darauf nach Oessa geflüchtet und in die russische Armee eingetreten.

Handel und Verkehr.

**** Berlin, 22. Dez.** [Kartoffelfabrikate.] Die Nachfrage nach Stärke und Mehl erwies sich im Laufe der Woche hinreichend groß, so daß das angebotene Quantum absorbirt werden und ein weiterer Preisdruck vermieden werden konnte. Wenn dadurch ein weiterer Preisdruck vermieden wurde, so trug wesentlich dazu bei, daß sich einzelne Spekulanten betheiligten, welche den jetzigen Preisstand niedrig genug halten und darauf die Hoffnung einer Besserung im Spätsommer bauen. Bezahlt wurde für übliche prima Qualität Stärke und Mehl von 15,20 bis 15,50 M. frei Berlin, von 14,90 bis 15,20 M. frei Bord Stettin und von 15,25—15,60 M. frei Bord Hamburg für die Termine Januar-April. Feuchte Stärke ergab keine Veränderung; auch für Zucker, Syrup und Dextrin alt dasselbe. Zu notiren ist frei Berlin: Feuchte Kartoffelstärke 7,65 M., Prima Kartoffelmehl 15,25—15,50 M., Hochprima 16,00—16,25 M., Sekunda 13,00—14,00 M., Prima Kartoffelstärke 15,00—15,50 M., Sekunda 13,00—14,00 M., Prima weißer Kartoffel-Syrup 42° prompt 17,25—17,75 M., do. gelber Kartoffel-Syrup 42° prompt 16,25—16,75 M., prima weißer Kartoffelzucker prompt 17,25—18,00 M., prima Dextrin gelb und weiß prompt 21,75—22,25 M., Stärke und Mehl Lieferung April/Mai 15,50 Mark. (Zeitschr. f. Spir.-Ind.)

** Paris, 25. Jan. Bankausweis.			
Barvorrath in Gold	1 702 810 000	Jun.	3 045 000 Frs.
do. in Silber	1 258 983 000	Abn.	36 000 „
Portef. der Hauptb. und der Filialen	787 967 000	Abn.	3 150 000 „
Notenumlauf	3 564 770 000	Abn.	45 871 000 „
Lauf. Rechn. d. Priv.	411 419 000	Jun.	33 606 000 „
Guthaben des Staats=schatzes	156 913 000	Jun.	20 641 000 „
Gesammt-Voranschüße	298 453 000	Abn.	6 849 000 „
Zins- und Diskont=Erträge	2 376 000	Jun.	343 000 „
Verhältniß des Notenumlaufs zum Barvorrath	83,08.		

** London, 25. Jan. Bankausweis.			
Totalreserve	19 261 000	Jun.	1 298 000 Pf. Sterl.
Notenumlauf	24 574 000	Abn.	454 000 „
Barvorrath	27 385 000	Jun.	344 000 „
Portefeuille	24 795 000	Abn.	412 000 „
Guthaben der Privaten	29 397 000	Abn.	1 029 000 „
do. des Staats	5 813 000	Jun.	486 000 „
Notenreserve	17 126 000	Jun.	1 193 000 „
Regierungssicherheiten	9 360 000	Abn.	1 400 000 „
Prozentverhältniß der Reserve zu den Passiven	54%, gegen 50 in der Vormoche.		
Clearinghouse-Umsatz	122 Millionen, gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres mehr 14 Millionen.		

Marktberichte.

Bromberg, 26. Jan. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 190—194 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—116 M., geringe Qualität 108—111 M. — Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. — Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M. — Safer 138—148 M.

Breslau, 26. Jan. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Pilo — Gefündigt — Str., abgelauene Rindlungsschneie —, p. Jan. 123,00 Gd. Safer p. 1000 Pilo — Gefündigt — Str., p. Jan. 153,00 Gd. Rüböl p. 100 Pilo — Gefündigt — Str., p. Jan. 47,00 Br., April/Mai 47,50 Br. Zink. Ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

Meteorologische Beobachtungen in Posen im Januar 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. (Stat.)
26. Nachm. 2	752,8	SW l. Zug	halb bedekt	+ 3,8
26. Abends 9	751,0	SW leicht	better	- 1,0
27. Morgs. 7	756,3	WSW mäßig	wolkig	+ 1,4
Am 26. Jan.	Wärme-Maximum + 4,0° Cel.			
Am 26. =	Wärme-Minimum - 4,3° „			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26. Jan. Morgens	0,74 Meter
„ „ 26. = Mittags	0,74 „
„ „ 27. = Morgens	0,72 „

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

*** Berlin, 26. Jan.** [Zur Börse.] Die Hochstimmung, die die Ankunft des Fürsten Bismarck in Berlin bei der deutschen Nation und besonders bei der Bevölkerung der Hauptstadt heute hervorrief, fand ein lebhaftes Echo an der Börse. Diese steht nicht auf dem niedrigen Standpunkt der Anschauung einiger Organe, die die Wirkung des Ausöhnungsaktes nur darin erblicken, daß „mit dem Fürsten Bismarck die agrarische Opposition gegen die Regierung ihren einflußreichsten Helfer verloren habe.“ Sie sieht vielmehr in der Begegnung des Kaisers mit dem ersten Reichskanzler eine Belebung des Einheitsgedankens, der in der letzten Zeit manche Angriffe erfahren hatte. Die Börse begrüßte das heutige geschichtliche Ereigniß mit einer sehr festen Stimmung, die von zum Theil wesentlichen Courserhöhungen begleitet war, dies sowohl bei Renten wie bei Renten. Unter diesen nahmen Italiener eine hervorragende Stellung ein. Einen weiteren Anstoß gab die zunehmende Willigkeit des Geldmarktes, die namentlich darin ihren Ausdruck fand, daß Geld für Ultimozwecke heute zu 3/4 Proz. erhältlich war. Wien bleibt in den letzten Tagen mit seinen Anregungen sehr im Hinterterrunde und trat nur gegen Schluß als Käufer von Kredittiteln auf. Serbische Werthe waren steigend. Es scheint folgende Depesche des „Serob“ einigen Einfluß ausgeübt zu haben. Die Depesche lautet: Die serbische Regierung hat beschlossen, das Finanzportefeuille nicht zu befehen, sondern vielmehr demnächst eine tüchtige ausländische Finanzkraft für einige Jahre zu gewinnen, welche im Stande ist, eine vollständige Umgestaltung der Finanzverhältnisse vorzunehmen. Es wird uns dazu erläuternd bemerkt, daß, da der serbische Minister des Auswärtigen zugleich das Finanzportefeuille übernommen hat, die Berufung eines auswärtigen, im Finanzwesen bewanderten Staatsbeamten für eine kontrollirende Rolle in Aussicht genommen ist. Der Montanaktienmarkt zeigte keine selbständige Haltung, sondern schloß sich in seinen Coursschwankungen der Gesamtmotendanz an. Da sich auch hier in Folge des flüssigen Geldstandes ein gewisser Stüdemangel zeigte, so blieben die Mittheilungen der „R. B. Z.“, wonach das Zustandekommen des neuen rheinisch-westfälischen Walzwerksverbandes unwahrscheinlich sei, sowie die weniger günstigen Nachrichten desselben Blattes über die Lage des Kohlenmarktes ohne besondere Wirkung. Die Meldung der „S. S.“, wonach die Hamburger Importeure und Detail-Händler beschlossen haben, im Anschluß an den fortgesetzten Rückgang der Kohlenpreise in London die Preise für Hausbrandkohlen ebenfalls zu ermäßigen, fand später größere Beachtung und drückte die Course der Kohlenwerthe um 1—1/2 Proz. (N. B.)

Breslau, 26. Jan. (Schlußkurse.)

Still, aber sehr fest. Neue Boro. Reichsanleihe 86,30, 3/4, Proz. B-Bandbr. 88 20, Konfol. Türken 22,85, Türkl. Boole 94,00, 4proz. unq. Goldrente 96,05, Bresl. Diskontobank 95,75, Breslauer Wechselbank 94,50, Kreditaktien 218 40, Schlef. Bankverein 111 25, Donnerstagsmarkt 92,00, Flöthner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 126 00, Obereschl. Eisenbahn 59 50, Obereschl. Porland-Zement 89,75, Schlef. Zement 139,75, Oppeln. Zement 105 50, Kramka 129,50, Schlef. Zinkaktien —, Laurahütte 115 10, Beretr. Delfabr. 84 00, Oesterreich. Banknoten 163 05, Russ. Banknoten 222,60, Giesl. Zement 90,50, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 91 30, Breslauer elektrische Straßenbahn 121,55
London, 26. Jan. (Schlußkurse.) Ruhig.
Engl. 2 1/2, Proz. Consols 98 1/2, Preußische 4proz. Consols 106, Italien. 5proz. Rente 74 1/2, Lombarden 9 1/2, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 100 1/2, lomb. Türken 22 1/2, österr. Silberz. —, österr. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 94, 4proz. Spanier 62 1/2, 3/4, Proz. Egypter 98, 4proz. unific. Egypter 101 1/2, 4 1/2, Proz. Tribut-Anl. 101 1/2, 6proz. Mexikaner 65 1/2, Ottomandank 14, Canada Pacific 73, De Beers neue 15 1/2, Rio Tinto 14 1/2, 4proz.

